



## Zweiter „Offener Brief“ an die Politiker

**Betrifft:**  
**Änderung des Systems**  
**„Arbeitsplatz in der Familie“ - für eine gerechte Familienpolitik**

**Sehr geehrte Damen und Herren der Politik!**

**In den Medien kommt immer wieder die Unzufriedenheit der Menschen mit dem System zum Ausdruck.**

Die Presse, 4.7.09, „Aufstand der Jungen gegen das System“, Interview mit **Wolfgang Gründinger** (25), Politik- und Sozialwissenschaftler, „Anwalt der Jungen“, Mitglied des Think Tank 30, der jungen Denkfabrik des Club of Rome

SN, 1.8.09, „Politik ohne Reformwillen“, Interview von Alexander Purger mit **Heinrich Neisser**, dem früheren Nationalratspräsidenten (ÖVP): Die Politik habe die Fähigkeit zum langfristigen Denken völlig verloren. In den Parteien seien nur unselbständige, angepasste Figuren gefragt.

SN, 1.8.09, „Wir tanzen auf einem Vulkan“, von **Alexander Purger**. Die Demokratie steuert auf eine ernste Krise zu.

„Beziehungsweise“, Juni 2009, „Mit Dreien ist man kinderreich“ von **Christiane Rille-Pfeiffer**: „Warum nicht die Möglichkeit geben, dass die Mutterrolle auch Erwerbsarbeit ist.“

KL.Z., 1.8.09, „In Zukunft braucht es Mitdenker, nicht bloß Mitarbeiter“ von **Reinhard Willfort**.

Am Anfang jeder Innovation steht eine Idee.

SN, 27.7.09, Chorherr „, der grüne Vordenker, rechnet mit dramatischen, politischen Veränderungen.

Presse, 29.7.09, „Derzeit haben wir zu viel Durchschnitt in der Politik“, von **Reinhard Haller**

Presse, 2.8.09, „Österreich hat ein Elitenproblem“ von **Christian Ultsch**. Man hat den Eindruck, Politiker sind Getriebene mit minimalem Gestaltungswillen, Gefangene im Klein-Klein. Österreich hat zu wenig Denkfabriken, von den Parteiakademien ist trotz Millionenförderung keine Trendwende zu erhoffen.

Österreich, 3.8.09, „Die Regierung hat Tausende Mütter vergessen“ von **Wolfgang Fellner**

Furche, 6.8.09, „Salzburger Tischgespräche“ von **Heinz Nußbaumer**. Unzufriedenheit und Lethargie ist allgegenwärtig, aber nur die Politik kann die Wirklichkeit verändern, kann ordnen, was verwahrlost ist, für eine gerechtere, solidarischere Welt.

SN, 6.8.09, „Ist unsere Demokratie zukunftsfähig?“ von **Otfried Höffe**. Mangelnde Fähigkeit der westlichen Demokratien zu vorrausschauender Politik. Die Familie – ein Kernproblem der Politik, wichtige Aufgaben der Politik werden verdrängt. Die Bevölkerungsentwicklung wird nicht beachtet.

KL.Z., 11.8.09, Kinder der Krise“ von **Julia Schafferhofer**. Die Jungen wollen sichere Häfen.

**Die Unzufriedenheit der Menschen mit dem System** ist allgegenwärtig, aber die Politiker schauen weg. Sie sind so gestresst mit Klein-Klein, dass kein richtiger Reformwille aufkommen kann.

**Martin Schenk**, Sozialexperte und Mitarbeiter der Armutskonferenz, fordert ein **3. Konjunkturpaket** zur Bekämpfung der Armut. Es betrifft auch Familien, die in Armut oder an der Armutsschwelle leben, die Alleinverdiener-, Mehrkindfamilien und Alleinerziehenden. Die **Sicherstellung der Familien**, unseres Humankapitals, ist die erste Pflicht des Staates und seiner Verantwortlichen und hat Vorrang vor allen anderen Maßnahmen.

Wir, von der **Österreichischen Hausfrauen-Union**, einem gemeinnützigen, parteiunabhängigen, ehrenamtlich tätigen Verein, der 1956 von der Bundesrätin Edda Egger gegründet wurde, fühlen uns verpflichtet, für diese von der Politik vergessenen Mütter, bzw. Väter zu sprechen, weil sie sonst keine Stimme haben.

**Diese Familien verlangen zur Beseitigung ihrer Armut die Einführung eines “Arbeitsplatzes in der Familie”** durch Anerkennung der Arbeit ihrer bisher nicht integrierten und aus der Arbeitswelt ausgeschlossenen Mütter, bzw. Väter, die zu Hause für Kind(er), Haushalt und Familienbetrieb sorgen.

Der neue Arbeitsplatz bedeutet eine ökonomische Sicherstellung aller Familien in normalen, wie in Krisenzeiten und damit eine fundierte Grundlage für den Staat. Wenn in einer Doppelverdienerfamilie ein Elternteil seine Arbeit verliert, kann er, statt Arbeitslose zu beziehen, den Job zu Hause ergreifen. Eine Investition in diesen Beruf bringt neue Erwerbstätige mit Steuern, Kranken- und Pensionsbeiträgen.

Seit all den vielen Jahren laufen wir diesbezüglich vergeblich eine politische Betonwand an und beginnen an der Effizienz des Systems zu zweifeln, ja zu verzweifeln.

Wir verlangen daher von den Politikern, **das System so umzugestalten**, dass sie ihren Aufgaben der Bevölkerung gegenüber wirkungsvoll nachkommen können.

Die von uns aus gesehenen **Mängel des Systems**:

- | Das demokratische System hat **diktatorische** Züge. Der Beschluss der Mehrheit gilt. Anliegen, die nicht hineinpassen, werden nicht berücksichtigt. In der Frauenpolitik herrscht die von allen Parteien übernommene marxistische Diktatur, die alle Mütter in außerhäusige Berufe und ihre Kinder in staatliche Obhut schickt. Von Wahlfreiheit keine Spur.
- | Der **Klubzwang** innerhalb der Parteien erlaubt kein Aufkommen neuer Ideen.
- | Vorschläge einer Partei werden von einer anderen reflexartig **ideologisch** diskreditiert.
- | Das derzeitige System denkt **nicht umfassend, nicht ganzheitlich**. In der Familienpolitik erfasst es, wie schon gesagt, nicht alle Familien. Es fehlt ein Gesamtkonzept.
- | Das System ermöglicht keine **grundsätzliche Änderung**, keine wirkliche Reform. Es begnügt sich mit gelegentlichen, kleinen Hilfestellungen, einem Herumflicken an Bestehendem, was viel Zeit- und Arbeitseinsatz und dem Staat auch viel Geld kostet, aber nicht grundsätzlich hilft. Wie viel Mühe verwendet man für die Mindestsicherung! Was bringt sie den Betroffenen? Arm bleibt arm.
- | Das System denkt **nicht nachhaltig**. Es spielt “Hilfspolizei” bei Katastrophen, unterlässt aber vorbeugende Maßnahmen, z.B. zur Sicherstellung der Familien auch in normalen, nicht nur in Krisenzeiten. Eine Absicherung der Familie tangiert auch das Bevölkerungswachstum und lässt auf mehr Nachkommen hoffen. “Arbeitende” Mutter oder “Mutter zu Hause”, es lässt sich nicht leugnen, dass es immer weniger Kinder gibt, immer weniger künftige Erwerbstätige, immer mehr alte Menschen. Der Generationenvertrag kann nicht eingehalten werden.

Die Österreichische Hausfrauen-Union möchte mit diesem Modell “Ein Arbeitsplatz in der Familie” einen Beitrag leisten zur Verbesserung des Systems.

Wir bitten um Kenntnis- und Stellungnahme.

Graz, am 11. August 2009

Dr. Herta Herglotz  
Österreichische Hausfrauen-Union  
[www.hausfrauenunion.at](http://www.hausfrauenunion.at)